

Aktuelle Post aus dem Kreistag (3)



2. September 2016

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Auch in der Kreistagssitzung vom 31. August 2016 ging es überwiegend um die Konstituierung und die dazu nötigen Wahlen ... oder Abwahlen. Denn inzwischen ist bekannt, dass SPD und CDU eine Große Koalition gebildet haben. Die beiden Parteien waren sich bisher nicht grün. Nun demonstrieren sie Einheit: „Das Vertrauen ist in vielen Gesprächen gewachsen. Diese Koalition steht für das Wohl der Wetterauer Bürger“ - dieser Satz wurde in dieser Kreistagssitzung gefühlt hundert Mal wiederholt. Damit dieses Vertrauen nicht wankt, besteht jede Koalitionspartei auf einen eigenen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. (Vertrauen ist gut...)

Bisher wurde aus Spargründen mit nur einem hauptamtlichen Kreisbeigeordneten gearbeitet. Doch jetzt gelten die Spargründe nicht mehr. In den nächsten fünf Jahren werden für den zweiten Hauptamtlichen rund 1,25 Millionen Euro ausgegeben. Dazu kommen Zahlungen an den abgewählten bisherigen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten und höhere Kosten für den Kreisausschuss.

Das sind die heutigen Themen:

1. Änderung der Hauptsatzung des Wetteraukreises
2. Abwahl des bisherigen hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Helmut Betschel (Grüne)
3. Antrag DIE LINKE. / Piraten: „Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus Familien, die Transferleistungen beziehen“
4. Zwei NPD-Anträge...
5. ...und ein Antrag der AfD gegen Extremismus und Gewalt

Änderung der Hauptsatzung des Wetteraukreises

SPD und CDU beantragten diese Änderung, um dem zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Sitz und Stimme im Kreisausschuss zu ermöglichen.

Die Zahl der Kreisausschuss-Mitglieder wurde von 10 auf 11 erhöht.

Wir haben gegen diese Änderung gestimmt.

Hier ist unsere Rede:

„Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten wird der Abwahl des ersten Kreisbeigeordneten nicht zustimmen.

Und Nein! Es ist leider kein Tabubruch und es ist auch nichts Neues, dass jetzt kostspielige neue Posten geschaffen werden. Wir finden auch die bisher angeführten Angriffe auf Herrn Betschel nicht fair. Wir werden ihn zwar auch heute nicht loben und haben ihn oft genug in der vergangenen Wahlperiode kritisiert. Doch für teures Geld abwählen werden wir ihn nicht.

Auch Ihre Rede, Herr Rückl (Grüne) verstehe ich nicht: Sie haben in der vergangenen Wahlperiode doch alle Kürzungen im Sozialbereich mitgetragen! Was regen sie sich jetzt auf?

Ich persönlich gönne Herrn Betschel, dass er zu Hause bleiben darf und dafür Geld bekommt, so ist das nicht! Doch hier geht es nicht um persönliche Wohltaten!!

Es geht um die repressive Sozialpolitik des Wetteraukreises!

Da wird einerseits überall drastisch eingespart:

bei den Schülerbeförderungskosten, den Schulputzfrauen, am Solaire für Noteltern, an der Therapiezeit für verhaltensgestörte Schüler/innen, bei der psychosozialen Beratung, bei der Schuldnerberatung, bei vielen Sozialleistungen, wie den Kosten für Unterkunft und Heizung, mit der Ausdünnung der Verwaltungsstellen im Ostkreis, beim Mitgliedsbeitrag für die Schutzgemeinschaft Vogelsberg, usw. usf.

Und andererseits soll jetzt Geld ausgegeben werden, für einen abgewählten Kreisbeigeordneten und für einen zusätzlichen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten?

Da haben sich alle Abteilungen der Kreisverwaltung enorm angestrengt, in ihrem Bereich Einsparmöglichkeiten zu finden und zu realisieren – bis es quietschte.

Und jetzt ist das alles unwichtig? ... weil es um Parteienproporz geht?

Diese Abwahl und die geplante Wahl von zwei hauptamtlichen Kreisbeigeordneten steht im krassen Gegensatz zu der Sparwut, die Sie, Herr Landrat, bisher immer in den Vordergrund gerückt haben.

Es ist logisch niemandem zu erklären, wieso man jetzt wegen des Parteienproporzes Geld ausgibt, das man bei sozialen Projekten eingespart hat.

Zugestimmt haben wir der Erweiterung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses.

Es ist gut, wenn alle Parteien im Kreistag dort vertreten sind und Informationen erhalten.

Abwahl des bisherigen hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten H. Betschel (Grüne)

In einem ersten Wahlgang wurde von den Fraktionen SPD und CDU der bisherige Erste Kreisbeigeordnete abgewählt. Die zweite und letzte Abwahl erfolgt dann Ende September.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wysocki warf Betschel vor, dass er in der Flüchtlingsfrage überfordert gewesen wäre. Seltsam. Bei der Bewältigung der Flüchtlingsfrage wäre jede/r überfordert gewesen. Es ist nicht einfach, für so viele Menschen Unterkünfte zu finden und erste Schritte zur Integration zu organisieren. Wir haben Betschel in der vergangenen Wahlperiode vielfach kritisiert, weil er die Kürzungen im Sozialetat mit Nachdruck verteidigt und betrieben hat. Aber auch das ist bei diesem Abwahl-Schauspiel eigentlich egal. Hier geht es lediglich darum, dass die Mehrheitskoalition ihre eigenen Leute in Amt und Würden bringen will. Und nicht um irgendwelche inhaltliche Kritik.

Die Redner der großen Koalition bemühten sich nach Kräften, Betschel zu demontieren und ihre neue Koalition „zum Wohl der Wetterauer Bürger“ in den höchsten Tönen zu loben. Der Koalitionsvertrag ist sooooo gut und dient ... na ihr wisst schon. Also konnten wir es uns nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass dieser Koalitionsvertrag bis zur laufenden Kreistagssitzung auf keiner Partei-Homepage zu finden ist und damit auch die Bürger bisher keine Möglichkeit hatten, die wohltätige Wirkung zu überprüfen.

Antrag der DIE LINKE. / Piraten: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus Familien, die Transferleistungen beziehen

Unser Antrag lautete:

„Kinder aus Familien, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, erhalten vom Wetteraukreis jeweils zu Weihnachten eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro als Einmalzahlung.

Begründung:

2013 hat die Fraktion DIE LINKE. schon einmal einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe gestellt. Damals wurde er wegen Geldmangels abgelehnt. Dieses Argument gilt dieses Mal nicht. Der Wetteraukreis kann nicht an einem Geldmangel leiden, der eine Weihnachtsbeihilfe unmöglich macht. Das zeigen die Koalitionsvereinbarungen von CDU und SPD, die zwei hauptamtliche Kreisbeigeordnete einsetzen möchten. (...)

Den vollständigen Antrag mit Begründung finden Sie unter:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/668-bei-der-weihnachtsbeihilfe-k%C3%B6nnen-keine-spargr%C3%BCnde-angef%C3%BChrt-werden.html>

Das ist die Rede zu unserem Antrag:

„Wir müssen die Begründung unseres Antrags korrigieren: Im aktuellen Hartz IV Regelsatz sind keine 1,47 Euro mehr für Geschenke vorgesehen. Für Kinder im Hartz IV-Leistungsbezug ist überhaupt nichts mehr für Geschenke vorgesehen.

So sieht Kinderarmut ganz konkret aus:

Die Familien sparen sich kleine Geschenke für ihre Kinder das ganze Jahr sprichwörtlich vom Mund ab. Wenn Freunde oder Verwandte ein Geschenk machen, das 10 Euro übersteigt, gilt das für eine Familie als Einkommen und wird von der Grundversicherung wieder abgezogen.

Wenn die Schule einen Unkostenbeitrag für den Adventskalender oder die Weihnachtstombola einfordert, fehlen diese Kinder in der Schule, wenn die Familien diese Beträge nicht aufbringen können.

Wir halten eine Weihnachtsbeihilfe ohne Anrechnung als Einkommen für notwendig. Sie weisen im Sozialbericht des Wetteraukreises die Anzahl der Kinder im Hartz IV Bezug nicht extra aus. (Sollte man eigentlich machen, wenn man eine Einschätzung zur Kinderarmut haben möchte...) Schätzen wir sie daher und nehmen 4500 Kinder an. Bei 50 Euro wären das 225 000 Euro.

Ja, das ist nicht wenig, meine Damen und Herren!

Wir fragen Sie aber jetzt mal ganz ernsthaft: Was ist wohl wichtiger?

Dass wegen des Parteienproporz zwei hauptamtliche Kreisbeigeordnete für fünf Jahre bezahlt werden? Oder dass ein abgewählter hauptamtlicher Kreisbeigeordneter bis September 2017 weiter Bezüge erhält? Das finden sie tatsächlich wichtiger?

Wir haben dazu einen ganz klaren Standpunkt, meine Damen und Herren!

Und – liebe SPD, liebe Grüne – wenn Ihre Empörungsaussagen zur Kinderarmut ernst gemeint waren, wenn es nicht nur Lippenbekenntnisse sind, werden sie heute diesem Antrag zustimmen.“

Mit einer verschwurbelten Begründung verlangte die SPD die Ablehnung:

Ja, das ist schon ein Problem mit der Kinderarmut und dass für Geschenke kein Geld im Hartz IV Regelsatz vorgesehen ist. Sehr bedauerlich, das. Aber der Wetteraukreis ist leider leider unter dem Schutzschirm und kann sich das Geld für eine Weihnachtsbeihilfe nicht leisten. Und mit dem Geld für irgendwelche Kreisbeigeordnete hat das alles rein gar nichts zu tun...

Was bedeutete nochmal das „S“ im Parteinamen der „SPD“??

Zwei NPD-Anträge...

Die NPD verlangte eine Kreistagsresolution, in der der syrischen Regierung zur Befreiung Palmyras gratuliert wird und alle syrischen Flüchtlinge sollen nun aufgefordert werden, dorthin zurückzukehren und das Land wieder aufzubauen. Nathalie Pawlik von der SPD übernahm die Zurückweisung des Antrags. Sie beschrieb die Situation in Syrien und die Kriegsfolgen für die Menschen. Sehr richtig stellte sie fest, dass diesem Antrag jede Menschlichkeit und jeglicher politische Sachverstand fehlt.

Der zweite Antrag verlangt einen jährlichen Situationsbericht zur Islamisierung im Wetteraukreis: „Angesichts der fortschreitenden Islamisierung unserer Heimat und einer real existierenden Terrorgefahr können wir uns falsch verstandene Toleranz gegenüber Islamisten nicht mehr leisten.“

Es ist nicht einfach, die hasstriefenden Reden eines Herrn Lachmann anhören zu müssen.

... und ein Antrag der AfD gegen Extremismus und Gewalt

In der letzten Kreistagssitzung hatte die NPD einen Antrag gegen linken Terrorismus eingebracht. Dieser war abgelehnt worden. Auch von der AfD, die das Anliegen aber berechtigt fand und nun einen eigenen Antrag eingebracht hat.

„Wetterauer Konsens gegen jede Form des Extremismus und der Gewalt“ lautete die Überschrift. Darin wurde versucht - weitgehend harmlos formuliert - eine neue Gefahr zu benennen: „Gewalttaten linksextremer Gruppen“ und „religiös-kulturell motivierte Gewalttaten, vorwiegend begangen durch Flüchtlinge und Migranten“. Mit üblen Unterstellungen gegen linke Gruppen und gegen linke Antifaschisten wurde der Antrag eingebracht.

Wir haben diesen Antrag wie folgt abgewiesen:

„Auf den ersten Blick klingt dieser Antrag der AfD gut. Was dahinter verborgen mitschwingt, erschließt sich erst, wenn man sich die Begründung durchliest. Hier wird zwar die Zunahme rechter Gewalttaten als Alibi erwähnt. Aber den Schwerpunkt der Begründung legt die AfD darauf, auf linksextremistische Straftaten zu verweisen und Geflüchteten eine besonders hohe Kriminalität zu unterstellen. Das unterscheidet in der Konsequenz diesen Antrag nicht wirklich von dem Antrag der NPD in der letzten Kreistagssitzung.

Die Kriminalstatistik, die der Innenminister im Mai 2016 vorstellte besagt: die Zahl der Straftaten hat absolut kaum zugenommen – obwohl so viele Menschen zu uns gekommen sind. Migranten sind nicht krimineller als die deutsche Bevölkerung. Das kann man nicht oft genug wiederholen.

Die Statistik benennt den besorgniserregenden Anstieg rechter Gewalt. 44% mehr Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und die fremdenfeindliche Straftaten im Bereich der Hasskriminalität legten um 116 % zu.

Da kann linke Kriminalität nicht mithalten!

Aber natürlich sind die Anschläge, Amokläufe und Gewalttaten der letzten Zeit eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Und natürlich muss man darüber diskutieren, welche Maßnahmen nötig sind, um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Die derzeitigen Gewaltprobleme erfordern aber eine tiefere Analyse der gesellschaftlichen Verwerfungen, als das in diesem Antrag mit seiner schlichten Extremismustheorie versucht wird.“

Der Antrag wurde nicht angenommen. SPD und CDU haben einen Änderungsantrag eingebracht, der mehrheitlich beschlossen wurde:

„Wetterauer Erklärung – Demokratie und Rechtsstaat verteidigen – Extremismus und Gewalt haben in der Wetterau keinen Platz!

Der Kreistag des Wetteraukreises verurteilt Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus sowie Diffamierung und Gewalt jeglicher Art. Wir werden nicht zulassen, dass Menschen aus unserer Gemeinschaft aufgrund ethnischer Herkunft, religiösem Bekenntnis oder politischer Überzeugung ausgegrenzt oder diffamiert werden. Unsere demokratische und rechtsstaatliche Kultur verteidigen wir mit aller Entschlossenheit gegen Extremismus, Gewalt und Fremdenhass. (...)“

Der vollständige Text ist in den nächsten Tagen auf der homepage des Wetteraukreises zu finden.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber